

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 524. Montag, 7. November 1904. Jahrgang 197.

Montag-Ausgabe

Montag, 7. November 1904.

Gez. Nr. 188. Eingang Nr. 188. Druck- und Verlagsanstalt. Druck- und Verlagsanstalt. Druck- und Verlagsanstalt.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 3. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 7. November.

Liberaler Humbig.

Es ist eigentlich unerwünscht, daß die linksgerichtete Presse fortwährend hinter der Kanalkommission des Abgeordnetenhauses herläuft und sie zu der möglichst großen Höhe anpornt. Was für eine praktische Bedeutung kann es denn haben, daß die Kommissionsberatungen um eine oder zwei Wochen früher abgeschlossen würden? Der „Kz.-Ztg.“ scheint mit Recht die Hauptfrage zu sein, daß überhaupt ein günstiges Ergebnis erzielt werde, und das ist im Hinblick auf die zahlreichen Bedenken, die der Vorlage entgegenstehen, nur durch eine eingehende Beratung zu erzielen, durch welche die Regierung die Möglichkeit erhält, alle diese Bedenken zu beseitigen. Ein Teil der gemäßigten Presse aber kann es nicht unterlassen, von Zeit zu Zeit über angebliche Obstruktion der Mehrheit in der Kanalkommission zu klagen. So tut dies beispielsweise auch die „Königsberger Gartungs-Zeitung“, die noch dazu von einer agrarischen Mehrheit der Kanalkommission spricht. Was für ein Unfug wird nicht mit der Bezeichnung „agrarisch“ getrieben. Einmal gelte man sie ausschließlich den Konserverfabriken bei, das andere Mal werden die beiden konservativen Parteien neben den Nationalliberalen agrarisch genannt, hier aber nennt das Königsberger Blatt die aus konservativen und Zentrum bestehende Kommissionsmehrheit agrarisch. Welch ein großer Humbig!

Von dem „Wortwurfer“, agrarisch zu sein, sind bis jetzt nur die Freisinnigen neben dem linken nationalliberalen Flügel und die Sozialdemokraten verstoßen geblieben. Auf diese Weise föhnt jene Bezeichnung eigentlich als ein Ehrenkürzel betrachtet werden, wenn die Sozialisten nicht einen bestimmten Zweck mit ihr verbinden, nämlich den, die betreffenden Parteien durch die Behauptung zu verächtlichen, daß sie in allen Stadien eine ausschließlich agrarische Interessenpolitik treiben. Diese Unterstellung will die „Gartungs-Zeitung“ auch der Mehrheit der Kanalkommission machen. So föhrt sie, die Kanalgegner folgten der von alters her bekannten Parole eines darüber berührt gewordenen Landsturmes „Zimmer langsam voran, daß die Reichsregierung mit guten Handelsverträgen nachkommen kann“. Es ist schon verständlich auf den Widerspruch, die Kanalvorlage mit den neuen Handelsverträgen in deren jetzigem Stadium verhandeln zu wollen, aufmerksam gemacht worden. Wie sollte es angeht werden, um die schon fertigen oder dem Abschluß nahen Verträge durch das Schicksal der Kanalvorlage — oder umgekehrt — zu beeinflussen? Glaubst du den Freisinn, der Reichsfanzler werde die Verträge einfach in der Tischschublade behalten, wenn der Kanal nicht zustande käme? Dann würde er wahrscheinlich unter die schärfsten Kanalgegner gehen.

Daß die Sinne noch immer nicht begreifen kann oder begreifen will das Kanalkomitee wie die Kanalvorlage ausschließlich auf höchstem Boden als rein wirtschaftliche Angelegenheit behandelt zu werden vermag, ist sehr bezeichnend. Wer selbst nicht sachlich Stellung zu nehmen imstande ist, der traut dies schließlich auch anderen nicht zu. Aber die liberalen Herren werden sich schon daran finden müssen, daß die Kanalkommission auch weiterhin gründlich verhandelt und sich weder durch förtliches Drängen noch durch ungebührliche Unterstellungen beirren läßt. Die „Königsberger Gartungs-Zeitung“ bemüht sich zwar, ihre tendenziösen Unterstellungen zu begründen; aber diese Begründung ist haltlos. Das Blatt erzählt, die Regierung habe die malterwirtschaftlichen Vorlagen nicht wie früher als ein Menu, sondern als eine Speisefarte mit fünf Leckerbissen serviert; die Kanalkommission sei auch nicht blöde gewesen, sie habe die am besten mundenden Bissen sich sofort im wunderbaren Monat Mai schmücken lassen, auch zwei andere malterwirtschaftliche Vorlagen eifrig der Entscheidung näher geführt und nur den fünften Leckerbissen, die Kanalvorlage, für die fünfte Jahreszeit zurückgestellt. Dieses Föhrbild ist zwar ganz anmutig erzählt, aber es ist ein Wärgen. Wertig wurden außer der Kanalvorlage zwei, und darunter die wichtigsten, der Meliorationsentwürfe; der letzte „Leckerbissen“ aber ist in den Kommissionsberatungen schon recht gefordert worden.

Wie das freisinnige Blatt selbst zugeben muß, hat die Kanalkommission am 27. und 28. Oktober ein tüchtiges Stück Arbeit geleistet. Der Umfang, daß die Kommission sich nur bis zum 8. November vertagt hat — ein Weichfuß übrigens, dem von keiner Seite anheimden ein Widerspruch entgegengestellt wurde — deutet doch nur darauf hin, daß die Beratungen rascher fortgeschritten sind, als in anberaumter hätte. Selt sind die Kommissionsberatungen bei dem fröhtigen Punkte der Vorlage gelangt, und zu diesem liegt recht umfangreiches Material vor. Da ist doch wohl das Verlangen begründet, daß den Mitgliedern der Kommission Gelegenheit gegeben wird, sich gründlich vorzubereiten, bevor die Beratungen fortgesetzt werden, zumal vollkommen neue, bisher unerörterte Vorschläge von der Zentrumspartei gemacht worden sind. Wenn die „Königsberger Gartungs-Zeitung“ diese Unterbrechung der Kommissionsberatungen als ein Obstruktionsmanöver hinstellen muß, so ist das vollkommen unangebracht.

* Südwestafrika. General Trotha meldet aus Windhuk unterm 5. November: „50 Mann der 3. Erprobungs-Kompagnie sind nach Bethanien unterwegs. Rest der 3. Erprobungs-Kompagnie und eine Eisenbahn-Kompagnie fahren am 7. November von Swakopmund nach Riberikubucht zur Verfertigung der Stappentrafik und der Bahntracé.“

* Der Kronprinz in Großhaußen und Nordhausen. Se. Kaiserl. Hoheit der Kronprinz sowie Prinz Friedrich Wilhelm trafen am Sonntag nachmittag zur Besichtigung des Reutnants Volkmar von Wurmb in Großhaußen bei Sonderhausen ein. Der Kronprinz legte Kränze für den Kaiser, die Kaiserin und für sich selbst an der Grabstätte nieder. Nach der Besichtigungsfeier fuhr der Kronprinz mit seiner Begleitung nach Nordhausen und besichtigte die Stadt.

* Vereidigung des Schwarzen Adlers. Der Kaiser hat dem 8293. Ulrich von Württemberg den Schwarzen Adlerorden verliehen.

* Der Regent von Braunschweig. Prinz Albrecht, wird sich in Betreff des Kaisers Mitte November nach Rom begeben, um den Feierlichkeiten anlässlich der Taufe des italienischen Kronprinzen beizuwohnen. Von dort aus fährt er nach Genua in Schiffe zurück. Am 7. Dezember begibt er sich nach Schwedt a. O., wo eine große Feier des 1. brandenburgischen Dragonerregiments Nr. 3 stattfindet, dessen Chef er seit 40 Jahren ist. An dieser Feier wird auch der Kaiser teilnehmen. Am 8. Dezember trifft der Regent zum Winteraufenthalt wieder in Braunschweig ein.

* Aus Danen. Die „Mind. N. Nach.“ schreiben: Die Mitteilung des Papst. Kur., daß der Kriegsmittler v. Wich nunmehr gekommen sei, um seine Entlassung einzufordern, ist, wie uns bestimmt berichtet wird, unzutreffend.

* Der frühere Reichstagsabgeordnete Uch. Kommerzienrat Hülfich ist im Alter von 66 Jahren in Dresden gestorben. Er gehörte von 1887 bis 1893 als Mitglied der konservativen Partei dem Reichstage an, in dem es den Wahlkreis Dresden-Stadt vertret.

* Am Reichstagswahlkreise Wiesbaden ergab die Wahl der Wahlmänner eine große Mehrheit für Vaxling (natlib.). Für ihn wurden 258 Wahlmänner, für den freisinnigen Kandidaten Müller-Sagan 151 gewählt. Am 12. November 1903 betrug die Zahl der Wahlmänner für Vaxling 288, für Müller-Sagan 155.

* Zu dem Schiedsgerichtsvertrage zwischen Deutschland und Amerika wird noch genauer gemeldet: Vor einigen Tagen legte Präsident Roosevelt dem deutschen Botschafter Freiherrn Sped von Sternburg nahe, daß ein Schiedsgerichtsvertrag zwischen Amerika und Deutschland sehr wünschenswert sein würde; der Botschafter stimmte dem bei und sagte dem Präsidenten, er würde in Berlin deswegen anfragen. Am Sonnabend benachrichtigte er den Präsidenten, daß der Vorschlag für Deutschland sehr angenehm wäre, und daß er den Auftrag erhalten habe, die förmlichen Verhandlungen für einen solchen Vertrag zu eröffnen. Die Verhandlungen werden durch den Botschafter und den Staatssekretär Dan geföhr.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ föhrt: Mit besonderer Bedeutung wird in Deutschland die Stunde aufgenommen werden, daß auf Anregung des Präsidenten Roosevelt Unterhandlungen wegen Abschlusses eines Schiedsgerichtsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland angezettelt seien. In dem Maße, wie man sich bei uns mit den in großartig aufsteigender Entwicklung begriffenen nordamerikanischen Verhältnissen sachlich und eingehend befaßt, wird die Ueberzeugung gefestigt, daß das Deutsche Reich und die große Republik jenseits des Ozeans ihrem Wesen nach dazu bestimmt sind, sich gegenseitig mit neuen Gedanken zu besprechen und einander zu ergänzen, und daß sie sich in der erfreulichen Lage befinden, nirgends in der Welt mit gegenständlichen politischen Interessen rechnen zu müssen. Wenn es hier und da in der Vergangenheit auf wirtschaftlichem Gebiete zu Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und der Union gekommen ist, so hat die wirkliche Gestaltung der Dinge in den letzten Jahren gezeigt, daß beide Nationen im friedlichen Wettbewerb sehr wohl nebeneinander bestehen und ihre Wege ziehen können, ohne daß die eine der anderen Licht und Luft, deren sie zur weiteren Entfaltung ihrer Kräfte und zur fortschreitenden Steigerung ihrer Wohlfahrt bedürfen, zu benehmen genötigt wären. Die hoch erfreulichen Erfolge der deutschen Ausstellung in St. Louis sind ein bereicherndes Beweiss für die ehrende Würdigung, die den deutschen Leistungen auf dem Felde der gewerblichen Arbeit, des künstlerischen Schaffens und der kulturellen Fortschritte in den Vereinigten Staaten zuteil wird. Nicht minder wichtig man in Deutschland die gemäßigten Fortschritte der Amerikaner in allen Richtungen ermiter Tätigkeit hoch einzuschätzen. Mit der bis in die ersten Tage der Union zurückreichenden politischen Ueberlieferung, sowie mit den auch in neuerer Zeit niemals verleugneten Absichten beider Regierungen wird es in bestem Einklang stehen, wenn nunmehr durch Abschluß eines Schiedsgerichtsabkommens auch für die Zukunft eine feierliche Bürgschaft dafür gefestigt wird, daß etwaige Differenzen im Geiste der Gütlichkeit und Persönlichkeit geschlichtet werden.

* Der deutsch-schwedische Handelsvertrag ist am Sonnabend paratographiert worden. Direktor v. Körner ist von Luzern nach Wien abgereist.

* Aus Wien. Zu Ehren der Teilnehmer an den Handelsvertrags-Verhandlungen wurde am Sonnabend bei dem kaiserlichen Botschafter Grafen v. Babel ein Dinner gegeben, zu dem erschienen waren Graf von Scharnowski, Graf v. Goluchowski, der Ministerpräsident Dr. v. Körber, die an den Verhandlungen beteiligten Minister, die böhmerischen Botschaftern, die Gesandten der deutschen Bundesstaaten und die Mitglieder der deutschen Botschaft.

* Die Jugendzucht in den Müllergemeinden. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung betr. die Jugendzucht in den Müllergemeinden vom 19. Oktober 1904.

* In der Subkommission des Abgeordnetenhauses wurde am Freitagabend der Antrag Trimborn betr. Gehaltssteigerung für die Eisenbahnarbeiter in Verbindung mit den dazu gehörenden Pensionen verhandelt. Der Minister trat diesen Steigerungen entgegen. Das Gehalt der Betriebsarbeiter ist im Verhältnis zur Leistung hoch und seine Erhöhung würde die Erhöhung anderer Gehälter geradezu notwendig machen. Nicht fächer, sondern erheblich besser als andere Beamtensategorien seien die Betriebsarbeiter bisher behandelt worden. Er föhlt anheim, eine Subkommission zu ernennen. Die Berücksichtigung dieser Ansprüche würde sich nicht mit der Organisation vertragen und die Disziplin gefährden. Von Kommissionsmitgliedern wurde geltend gemacht, daß diese Beamtensategorie durch die Organisationsänderung in der Eisenbahnverwaltung geschädigt ist, und bewies, daß bei der Zulassung zum eisenbahnischen Examen mit anderen Müllern verfahren worden ist. Ein Regierungsvertreter teilte zur Abwegung dieser Zweifel Zahlen über die Zulassung zum Examen und seinen Ausfall mit. Danach würde der Antrag Trimborn abgelehnt und die Pension für erledigt erklärt.

Ein bezeichnender Arbeiterausfall.

Der Verband von Arbeitern im bergischen Industriegebiet veröffentlicht einen Bericht über den Arbeiterausfall auf dem Leberfahnen Werde der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co. in Elberfeld im August 1904. In diesem Bericht wird für die Allgemeinheit neben der tatsächlichen Geringschätzung des Anlasses für die Bewegung u. a. bemerkenswert die Ausführungen über das Verhalten der Arbeiter gegenüber dem Unternehmer sowohl in Anwendung des gesetzlichen Koalitionsrechtes als unter Zuhilfenahme der öffentlichen Meinung. Der von den Arbeitern in Streikfällen geübte Terrorismus wird hier ganz aufgreifend gekennzeichnet, wohlgerneht von einer Stelle aus, die man im allgemeinen nicht zu den „Schwarzmachern“ rechnet. Der bergische Arbeiterverband und die Farbenfabriken haben bereit zu Verhandlungen den Gegenstand des Streites bildeten, wobei beide von Herrn Professor Dr. Quisberg geleitet, der ein ausgeprägter Gegner des Zentralverbandes deutscher Industrieller und der von diesem ins Leben gerufenen Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände ist. Nebenbei bemerkt, haben sich die Farbenfabriken durch den Ausfall in Leberfahnen bei Köln veranlaßt, verschiedene ihrer Niederlassungen benachbarte Betriebe zu erziehen, ihnen bei dem Ausstände durch Nichtannahme streikender Arbeiter behilflich zu sein, welchem Erziehe auch allgemein entpöndet wurde, obgleich die Großbetriebe im Kölner Bezirk, soweit sie einem Arbeitgeberverband beigetreten sind, bis auf wenige der vorbezeichneten Hauptstelle und dem Zentralverband deutscher Industrieller als Mitglieder, davon Abseht zu Konvertieren den Gegenstand des Bergischen Verband rufen den Zentralverband weit ab. Dennoch äußert sich der Bergische Verband in dem gedachten Bericht über das Rechtsverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einem solchen Sinne, daß man zwischen seiner Auffassung und der im Zentralverbande vorherrschenden wohl keinen Unterschied wird finden können. Es heißt nämlich in dem Bericht:

„Der Verband von Arbeitern im bergischen Industriegebiet hat bisher seine Grundzüge darüber aufgestellt, in welcher Weise seine Mitglieder sich den Organisationen der Arbeiter gegenüber verhalten sollen, und er hat auch alle zu ergreifenden Streikmaßnahmen seinen Mitgliedern allein überlassen, während beispielsweise der Staat in seinen Verfassungen prinzipiell Angehörige von Gewerkschaften nicht duldet und sehr Mißliebiger der sozialdemokratischen Partei ausstößt. Da aber die Koalitionsfreiheit der Arbeiter gerade in jüngerer Zeit von berufener und unbereifener Seite vielfach und lebhaft Erörterung gefunden hat, und die Arbeiterpresse mit Empörung die Ausgebungen der Farbenfabriken an ihre Arbeiter als eine brutale Verengung der gesetzlich gewährleisteten Rechte der Arbeiter bezeichnet hat, so verlohnt es sich der Mühe, auf die Grenzen dieses Koalitionsrechtes etwas näher einzugehen. Der 153. Gen.-Ord. hat alle bisherigen gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben, nach welchen Verordnungen oder Vereinbarungen von Unternehmern oder Arbeitern verboten oder strafbar waren, wenn diese Verordnungen oder Vereinbarungen auf Erhaltung geringerer Lohns und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einschaltung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter gerichtet waren. Das 153. Gen.-Ord. ist demnach für abfah, welches einen Grund hat, daß es sowohl die Interessen der Arbeiter — bestimmt oder zu bestimmen vermag, an den Verordnungen des 153. teilzunehmen oder denselben Folge zu leisten, oder ihn hindert oder zu hindern vermag, von solchen Verordnungen zurückzutreten, wenn dazu bei im Gefolge angegebener Mittel des förmlichen Zwanges, der Drohungen, der Erwerbverleugung oder Verursachung angewandt werden. Es besteht zweifellos das Recht der Arbeiter, Vereinbarungen zu gründen und durch gemeinsame Niederlegung der Arbeit höhere Lohns und Arbeitsbedingungen zu erlangen, aber ebenso besteht auch ungestört das Recht der Arbeiter, durch die Bildung von Arbeitervereinigungen und nötigenfalls durch das Mittel der Entlassung von Arbeitern, das so im Gefolge ausdrücklich als ein zulässiges Mittel vorgehoben ist, ihre Interessen zu wahren. Vor allem aber ist auch die Freiheit der Arbeitgeber...

Geht auf einem Hügel nordwestlich der Stadt. Die Mauer eröffnet das Feuer auf ihn, erschaffen ein Feuer und stoben in die Höhe. ...

Das Schloss ist der beständigste Rest der niederländischen Königsfamilie in der Provinz Gelderland, soll eine gründliche Untersuchung erfahren, indem das jetzt Baronessse alle von dem ...

Personalnachrichten. - Vangengliste höherer Kommunalstellen. ...

Stort und Jagd. - Im nächstjährigen bestanden, das mit 181 Unterarten ...

Weiter-Nachrichten auf Grund der Berichte der Deutschen Gewerkschaften in Hamburg. (Nachdruck verboten).

Waldesruhe. - Nach amtlichen Nachrichten der Königl. Strom- und Wasserbauverwaltung. ...

Table with 4 columns: Location, Date, and numerical values. Includes entries for Halle, Erfurt, and Braunschweig.

Börse- und Handelsteil.

Allgemeines. - Deutschlands Beteiligung an der chinesischen Münzprägung. ...

des Nordens gerettet und von den Provinzialbehörden zur Herstellung von Geschäften verwendet. ...

Zuges-Warftberichte.

Central-Börse der Preussischen Landwirtschaftskammern. ...

Wagerechts in Friedrichshagen. (Amstlicher Marktbericht). ...

Wagerechts in Friedrichshagen. (Amstlicher Marktbericht). ...

Waren- und Produktberichte.

Hamburg, 5. November. Weizen fest, holländ. und meckl. ...

Familien-Nachrichten.

Todes-Anzeige. Heute morgen 1 1/2 Uhr verstarb nach kurzer, glücklicher ...

Hamburg, 5. November. Korn. Raffer - Termin - Notierungen. ...

Hamburg, 5. November. Raffer. Good average Santos. ...

Hamburg, 5. November. Petroleum. ...

Hamburg, 5. November. Spiritus. ...

Hamburg, 5. November. (Münchener Bericht). ...

Hamburg, 5. November. (Schlußbericht). ...